

# Konsequenzen einer Ausgliederung der Sprachkompetenzausbildung

---

Gero Fischer

## Vorbemerkung

Reformen stehen vorzüglich oft unter dem Aspekt einer qualitativen Verbesserung. Schlagworte wie Qualitätssicherung lassen niemanden unberührt und kommen augenscheinlich ganz wertfrei daher. Man muss jedoch genau hinsehen, ob das Gesagte auch das Gemeinte ist, bzw. was die erhofften / versprochenen Wirkungen für Nebenwirkungen zur Folge . In Zeiten der chronischen Budgetknappheit werden gleichsam zyklisch Ideen und Vorschläge produziert und von der Universitätsleitung lanciert, wie Kosten der akademischen Lehre eingespart werden könnten. Verpackt werden solche Vorschläge oft unter dem Titel der Qualitätssteigerung.

Aktuell ist die Sprachausbildung im Visier der inneruniversitären Modernisierungsvorhaben. Die Qualität der Sprachausbildung unter kritischen Gesichtspunkten zu diskutieren ist kein Luxus, geeignete Lösungen zu finden ist eine Notwendigkeit.

Wenn Qualitätsfragen in der Lehre auf der Agenda stehen, so geht es zwangsläufig um die Frage der Finanzierung / Finanzierbarkeit. Es ist schon ein lange gehegter Wunsch der Universitätsleitung die Sprachkompetenzbildung in eine von ihr ins Leben gerufene universitätseigene GmbH „Sprachzentrum“ / SZ auszulagern – unter Kostenbeteiligung der Studierenden. Damit würden die Institutsbudgets erheblich entlastet. Das ist der betriebswirtschaftliche Kern des Vorhabens. Die Argumente für die Auslagerung setzen aber bei der unterschiedlichen Klientel der Sprachkurse an, danach sind zu unterscheiden:

- Studierende philologischer Studienrichtungen: Für sie ist der Spracherwerb im Curriculum mit bestimmten zu erreichende Sprachniveaus fest verankert.
- Studierende nichtphilologischer Studienrichtungen wollen zu ihrem Hauptstudium Sprachkenntnisse erwerben, die sie für das Studium (z.B. Deutsch als Fremdsprache, Englisch als Wissenschaftssprache, Russisch für Naturwissenschaftler, etc.) bzw. die weitere Laufbahn benötigen oder sie belegen diese Kurse „aus reinem Interesse“.

Dazu muss Folgendes bemerkt werden: Vor der Bologna-Reform und der Reform der Universitätsorganisation gab es LV mit dem Titel „Für Hörer aller Fakultäten“, darunter befanden sich auch die unterschiedlichsten Sprachkurseangebote. Besonders interessierte Nichtphilologen belegten oft die Kurse an den Philologien mit, da diese in ihrer Ausrichtung wissenschaftlicher (eben „philologisch“) und intensiver waren (ein Nebeneffekt war, dass nicht wenige dieser „Nichtphilologen“ vom philologischen Bazillus angesteckt wurden und die betreffende Philologie mit Erfolg abschlossen). Nach den Universitätsreformen (seit 2002) wurde das Angebot für Hörer aller Fakultäten ersatzlos liquidiert, die Sprachkurse aus diesem Angebot wurden dem SZ überantwortet. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, dass das Niveau der Kurse am SZ nicht kompatibel mit dem Angebot der philologischen Studienrichtungen war, aus diesem Grund wurden auch Kurse des SZ in den Philologien nicht anerkannt. Die Studierenden nahmen das Angebot des SZ vor allem wegen der Kosten und der mangelnden Qualität auch nicht im gewünschten Ausmaß an. Die erhoffte Entlastung der philologischen Sprachkurse stellte sich nicht ein, im Gegenteil, nach dem Aus für das Angebot für Hörer aller Fakultäten waren letztere das einzige Angebot an der Universität. Da das Sprachlehrangebot nicht im erforderlichen Ausmaß quantitativ angepasst wurde, hatten die Kurse an den Philologien mit chronischer Überfüllung zu kämpfen. Die Kurse waren zwar heterogen – Philologen / Nichtphilologen – das hatte aber keinen wesentlichen Einfluss auf die zu erreichenden Ziele. Probleme ergaben sich nicht aus der Heterogenität sondern aus den permanent überfüllten Kursen. Dass „hochmotivierte Studierende der philologischen

Studienrichtungen gebremst“ würden, ist zwar eine Argumentationslinie Universitätsleitung, aber sie ist empirisch weniger belegt als die Tatsache, dass viele Nichtphilologen in diesen Kursen außerordentliche Leistungen erbringen und oft sogar die betreffende philologische Studienrichtung als Zweitstudium abschließen – dazu verlockt geradezu das sechsemestrige BA-Studium. Dass es in den philologischen Studien eine hohe Zahl sog. unechter Drop-outs gibt, d.h. Nichtphilologen, die nach den selbst gesteckten und erreichten Zielen die Sprachkurse verlassen und somit als „Studienabbrecher“ gezählt werden, ist ein universitätsinternes, bürokratisch-administratives Problem, das erst besonders virulent geworden ist, als bei den Diplomstudien die Freien Wahlfächer (FWF) eingerichtet wurden (Studierende der verschiedensten Studienrichtungen „holten sich“ Sprachkurse bei den Philologien ab, weil sie mit diesen stundenintensiven LV schnell das Kontingent der 48 Stunden FWF abdecken konnten). Dass die Administration nicht im Stande ist, die unechten Drop-outs herauszurechnen, haben die Philologien auszubaden.

Um zu resümieren: Wenn Sprachkurse in den Philologien mit Gruppen bis 25 TeilnehmerInnen angeboten werden können, so ist die Heterogenität der Kurse kein Problem. Abzulehnen ist die geradezu inkriminierende Redeweise der PG von Studierenden die „über studienrechtliche Schlupflöcher“ Wege in philologische Kurse finden, so als ob (freiwilliger) Spracherwerb als etwas „Unrechtes“, an der Grenze zur Illegalität zu Beanstandendes sanktioniert werden müsste.

Die langfristigen Ziele der Universität hinsichtlich der Diversifizierung des Angebotes an Sprachkompetenzkursen, um unterschiedliche Erwerbsziele in möglichst homogenen Gruppen effizient ansteuern zu können, sind bis auf das Attribut „homogen“ zumindest aus der Sicht der Slawistik konsensual. Dass die Kosten möglichst gering zu halten sind, ebenfalls, allerdings sind derzeit sämtliche vorhandenen Ressourcen ausgereizt. Eine weitere Steigerung der Qualität der Sprachausbildung ist nur möglich, wenn zusätzliche Mittel bereit gestellt werden.

### Sprachliche Vorkenntnisse und Zielvorgaben des BA-Studiums

Eine erhebliche Zahl von philologischen Studien der Sprachen, die nicht bzw. nicht flächendeckend zum üblichen Kanon der Fremdsprachen an der Sekundarstufe gehören, kann nicht bzw. nur begrenzt an entsprechende sprachliche Vorkenntnisse anknüpfen bzw. diese voraussetzen. Dort wo Vorkenntnisse vorhanden sind, ist das „Anknüpfungsniveau“ sehr unterschiedlich – abhängig von der Dauer und Art des Unterrichts in der Sekundarstufe – etwa von A1 bis B1 / B2.

Kompliziert für die Planung der Lehre an den Universitäten ist die Heterogenität der Studienanfänger: Neben dem Gros der Studierenden, die über keine (bzw. keine nennenswerten) Vorkenntnisse besitzen, gibt es einen nicht unerheblichen und wachsenden zweisprachigen Anteil (mit Migrationshintergrund), der ein Sprachniveau bis C2 mitbringt. Unabhängig von den Ausgangsvoraussetzungen wird in den (BA-) Curricula erwartet, dass zu Ende des Studiums ein Sprachbeherrschungsniveau von annähernd B2 bis C1 erreicht wird. Am Institut für Slawistik wurde ein komplexes Verfahren bei der Aufnahme und Zuordnung der Studierenden zu den ihrer Leistung entsprechenden Kursen (über Interviews, Einstiegstests, Modulprüfungen) entwickelt, das auf jahrelanger Praxis beruht und sich bewährt hat. Dieses Verfahren die Problematik der Heterogenität der Einstiegsvoraussetzungen erheblich entschärft.

Trotzdem: Der im Curriculum vorgesehene Sprachunterricht ist nicht in der Lage innerhalb des BA-Studiums die Studierenden ohne Vorkenntnisse auf das geforderte Niveau B2 / C1 zu bringen. Die Lösung, nur Studierende mit ausreichenden Sprachkenntnissen (z.B. „Einstiegsniveau“ B1) zum Studium zuzulassen, ist unrealistisch und würde einer Aussperrung des überwiegenden Teiles der Interessenten gleich kommen.

## Typologie der philologischen Studienprogramme

Philologische Studienprogramme können je nach Vorbildung in drei Gruppen eingeteilt werden:

- Typ I: Programme die fortgeschrittene Kompetenzen in der Zielsprache voraussetzen können (B1-B2)“, z.B. Anglistik.
- Typ II: Programme die keine Grundkompetenzen in der Zielsprache voraussetzen können, der Sprachunterricht beginnt bei Null (z.B. Chinesisch, Ungarisch)
- Typ III: Programme, die nur bei wenigen Studierenden fortgeschrittene Grundkompetenzen voraussetzen können, bei vielen niedrige und bei manchen keine: Sprachunterricht mit fakultativer Nullstufe (z.B. Romanistik, Slawistik).

Typ I verursacht keine zusätzlichen Kosten, Typ II und Typ III können nicht (gänzlich) kostenneutral realisiert werden. Ventilliert wird der Vorschlag, die sog. „Nullstufen“ (Ziel bei Typ II: A1, bei Typ III: A1, A2 bzw. B1) an den Semesterrand zu rücken, d.h. nach diesem Modell sollen im August und September Intensivkurse angeboten werden, die das gewünschte Einstiegsniveau vermitteln sollen. Die Kosten für 40 UE würden sich pro Teilnehmer auf 600 – 700 € belaufen. Damit würden mit Sicherheit viele Studierende – insbesondere sozial schwächere – von diesen Studienrichtungen abgeschreckt. Abgesehen vom sozial-selektiven Charakter dieses Modells ergeben sich folgende Probleme:

- Es ist nicht realistisch, innerhalb von zwei Monaten (bzw. in 40 UE) eine nachhaltige Sprachbeherrschung auf dem Niveau A1/A2 zu erreichen.
- Ein erheblicher Teil der Studierenden arbeitet in den Sommermonaten, macht Praktika etc. Die Nutzung eines Großteils der Ferien für den Spracherwerb stößt an die finanziellen Grenzen und kollidiert mit den persönlichen Planungen und Bedürfnissen der meisten Studierenden.
- Für die Studienanfänger und für Lehrende würde sich das (Winter-)Semester de facto um zwei Monate verlängern.
- Es ist sehr wohl die Frage, ob sich genügend Lehrkräfte finden würden, die im Sommer (vermutlich zum üblichen Entlohnungsschema) auch noch unterrichten wollen.
- Die Finanzierung eines Teils der Lehre (das sprachliche Einstiegsniveau bei bestimmten philologischen Studienrichtungen) den Studierenden anzulasten bringt sicherlich auch rechtliche Probleme, da etwa zusätzliche für das Studium zu erbringende verbindliche Qualifikationen wie Latinum, Graecum, Darstellende Geometrie etc. nicht mit zusätzlichen Kosten für die Studierenden verbunden sind.

## Inhaltliche und qualitative Folgen der Auslagerung der Sprachausbildung in das SZ

Unabhängig von den betriebswirtschaftlichen Überlegungen wirft eine Auslagerung didaktische und inhaltliche Fragen auf:

- Das erwähnte an der Slawistik entwickelte Auswahl- und Zuordnungsverfahren, das gewährleistet Studierende gemäß ihren Vorkenntnissen den entsprechenden Sprachkursen zuzuteilen, würde durch die Auslagerung der Sprachausbildung hinfällig.
- Durch die Auslagerung ist nicht mehr gewährleistet, dass ein dem Curriculum entsprechender philologischer Sprachunterricht (mit linguistischen und literaturwissenschaftlichen Anteilen) angeboten wird. Die philologische Ausbildung des Sprachunterrichts ist in das Curriculum eingebettet und unabdingbare Voraussetzung und Bedingung für das gesamte Studium.
- Der Universitätsleitung sind die inhaltlichen Einwände bewusst und würde in diesem Fall eine „Fachaufsicht durch Institutsbeauftragte(n)“ im Rahmen der GmbH SZ in

Aussicht stellen. Völlig offen ist jedoch die Frage, mit welchen Kompetenzen sie ausgestattet sein soll.

- Eine Auslagerung der Sprachausbildung verunmöglicht weitgehend die inhaltliche wie didaktische Planung und Weiterentwicklung der Sprachlehre, die nur im philologischen Gesamtkontext sinnvoll und möglich ist (z.B. die Modifizierung von LV, Koordinierung von Fach- und Sprachunterricht, Einführung neuer LV mit spezifischen Inhalten – z.B. mit besonderer Berücksichtigung der Interferenzproblematik, ein wichtiges Problemfeld der sog. Zweiten Generation, usw.). Das SZ ist ein selbständiger und von den Instituten unabhängiger organisatorischer Körper. Letztere haben im SZ keine direkte Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeit, daran werden die „Institutsbeauftragten“ wenig ändern können. Wie es derzeit aussieht müssten letztendlich die betroffenen Institute die Qualität der Sprachausbildung des SZ einfach akzeptieren.

## Alternativen

Alternativen sind nur unter der Berücksichtigung folgender Prämissen möglich: Die Qualität der Ausbildung darf nicht eingeschränkt werden und soziale Selektion ist ausgeschlossen. Unter der Voraussetzung, dass sich Kostensenkungen / Kostenauslagerungen und Qualitätssicherung oder gar Qualitätssteigerung nicht kompatibel sind, werden nun zwei Varianten andiskutiert, die für bestimmte philologische Studienrichtungen ein Modell abgeben könnten:

### a) 8-semesteriges BA-Curriculum

Bestimmte Ziele lassen sich unter bestimmten gegebenen Voraussetzungen in 6 Semestern (BA) nicht erreichen. Wenn das Studienziel für philologische Studien mit B2 / C1-Niveau festgelegt ist, dann gibt es bei Studien ohne Vorkenntnisse keinen anderen Weg als den der Verlängerung des Studiums um zwei Semester. D.h. das ist die Zeit, die notwendig ist, um ein Einstiegsniveau von A2 / B1 zu erreichen. Damit würde das BA-Studium für Studierende ohne sprachliche Vorkenntnisse in den angesprochenen philologischen Studienrichtungen acht statt sechs Semester beanspruchen. Studierende, die jedoch ein Einstiegsniveau „mitbringen“, das dem geforderten entspricht (oder dieses übertrifft), könnten nach entsprechendem Leistungsnachweis (z.B. Modulprüfung) die entsprechenden sprachlichen Teile (Module) des Studiums überspringen und dieses früher abschließen. Man könnte mit den Erfahrungen der Diplomstudien argumentieren, dass mit einem kontinuierlichen Spracherwerb von 8 Semestern ein Sprachniveau erreicht wird, das auch „employabel“ ist, was hingegen im Rahmen des aktuellen sechsemestrigen BA-Curriculums vom überwiegenden Teil der Studierenden (ohne sprachliche Vorkenntnisse) nicht erreicht werden kann – übrigens ein „Geburtsfehler“ der BA-Studien, der in den Arbeitsgruppen, die die Curricula ausgearbeitet haben, mehrfach kritisiert worden ist.

### b) Obligatorisches Auslandssemester

Eine andere Variante eines BA-Studiums für philologische Fächer wäre ein im Curriculum festgelegtes obligatorisches Auslandssemester (mit klar umrissenen Studienprogramm), das am besten zu Studienbeginn, etwa nach der STEOP bzw. in den ersten vier Semestern zu absolvieren wäre. Diese wahrscheinlich optimale Lösung müsste im Rahmen von bilateralen Kooperationsabkommen inhaltlich und organisatorisch abgestimmt und verhandelt werden und könnte möglicherweise einigermaßen kostengünstig (aber nicht „kostenneutral“) realisiert werden. Dieses Modell mit (einsemestrigem) obligatorischem Auslandsaufenthalt würde das Studium um nur ein Semester verlängern, der Effekt wäre aber ein solides Sprachbeherrschungsniveau. Bedingung wäre einerseits eine Überarbeitung der bestehenden Curricula und aufwändige interuniversitäre Abstimmungen. Da es aber weder für das Modell

eines 4-jährigen BA-Studiums noch für diese Version mit obligatorischem Auslandssemester Kostenvergleichsrechnungen gibt, können daher beide Vorschläge hinsichtlich ihrer finanziellen Realisierbarkeit derzeit nicht konkreter diskutiert werden.

## Schluss

Für die Lösung des Problems fehlender Eingangsvoraussetzungen für bestimmte philologische Studien gibt es weder einfache noch kostenneutrale Lösungen. Eine Studienzulassung nur für die Studierenden, die diese Voraussetzungen „mitbringen“, käme de facto einer Aussperrung gleich und würde die drastische Reduktion der Zahl der Studierenden der betroffenen Philologien zur Folge haben und wäre hochschulpolitisch auch kaum vertretbar. Aus sozialen Gründen kann eine Art „Vorstudium“ in Eigeninitiative (z.B. durch Auslandsaufenthalte, Privatunterricht etc.) nicht vorausgesetzt werden. Im Rahmen der gegebenen Curricula können fehlende sprachliche Vorkenntnisse nicht aufgeholt werden, das gewünschte Sprachniveau (B2 / C1) kann unter den gegebenen Voraussetzungen im vorgesehen zeitlichen Rahmen von sechs Semestern nicht erreicht werden. Da die Bologna-Curricula so „eng gestrickt“ sind, kann auch kein Auslandssemester so eingeschoben werden, dass sich die Gesamtstudiendauer nicht verlängern würde.

Eine Verbesserung der Qualität der Sprachausbildung ist unter den gegebenen Voraussetzungen weder kostenneutral noch sozial gerecht zu realisieren. Die gewünschte Auslagerung der Sprachausbildung auf das SZ ist nicht nur unausgegoren sondern bedingt auch ihrerseits inhaltlich-didaktische, organisatorisch-planerische Probleme, offensichtliche finanzielle Mehrbelastungen für die Studierenden und, wie es derzeit aussieht, fragwürdige Arbeitsbedingungen für die Lehrenden. Die Entscheidung, ob man die Qualität steigern oder kostenneutral bleiben will / muss, ist letztlich eine politische und keine didaktische oder wissenschaftliche. Und: Vorschläge, die wesentlich mehr Kollateralschäden als Vorteile generieren, können wohl kaum als Fortschritt gegenüber dem Vorhandenen bezeichnet werden.

Wien, April 2011